Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1911. Nr. 24. Jahrgang 204.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Familienblatt), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle, G. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87. Hinterhaus. Eing. Gr. Brauhausstr. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1278. Chefredakteur Dr. Walther Bodenstedt in Halle a. S.

Sonnabend, 14. Januar 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* **Die Steuerbelastung des Deutschen im englischen Lichte.** Die „Contemporary Review", eine der vornehmsten und weitverbreitetsten englischen Zeitschriften, untersucht in ihrer Oktobernummer, welche Steuersumme, Abgaben jeder Art, direkte und indirekte ineinandergerechnet, auf den Kopf der Bevölkerung von Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und Deutschland fällt. Als Unterlage benützt sie die einzelnen Staatsbudgets des Jahres 1907. Danach bezahlt:

der Franzose	83,60	Mark jährlich
„ Engländer	92,64	„ „
„ Amerikaner	83,—	„ „
und „ Deutsche	48 80	„ „

Der Schreiber betont bei der Aufführung der letzteren Summe ausdrücklich, daß er neben den Reichsabgaben auch die Einzelstaats- und Gemeindesteuern mitkalkuliert hat. Ziehen wir in Betracht, daß in England wie in Amerika die populärsten Genußmittel, der Tabak siebenmal und Alkohol elfmal höher besteuert sind als in Deutschland, dann ist es schwer zu begreifen, warum der Deutsche über eine hohe und ungerechte Besteuerung am lautesten klagt.

* **Die Ausführungsinstruktion zum Viehseuchengesetz.** Man schreibt uns: In dem Gesetz zur Unterdrückung von Viehseuchen vom Juni 1909 ist die Bestimmung enthalten, daß der Bundesrat vor Erlaß der Ausführungsbestimmungen Vertreter der beteiligten Berufsstände hören soll. Nachdem nun der Bundesrat sich in einer seiner letzten Sitzungen darüber schlüssig geworden ist, welche Berufsorganisationen hierfür in Frage kommen, dürften die Vertretungen der an dem Gesetz interessierten Berufsstände schon in nächster Zeit zu einer Stellungnahme über die geplanten Ausführungsbestimmungen aufgefordert werden. Es wird sich dabei um Berufsorganisationen handeln, die sich auf das ganze Reichsgebiet erstrecken. Nach Abschluß dieser Beratungen wird der Entwurf der Ausführungsinstruktion dem Bundesrat zur endgültigen Beschlußfassung zugehen.

* **Zum Sitz des neu zu errichtenden Konsular- und Kolonialgerichtshofes** wählte gestern die Reichstagskommission Hamburg, doch bezeichnete Staatssekretär von Lindequist den Beschluß für nicht annehmbar.

* **Sturmwarnung für deutsche Fischereifahrzeuge.** Die Reichsregierung war, wie man uns schreibt, neuerdings dazu übergegangen, aus den für zur Förderung der Hochseefischerei zur Verfügung stehenden Fonds Beihilfen zur Errichtung von Stationen für drahtlose Telegraphie auf Fischereifahrzeugen zu gewähren, um auf diese Weise die Sturmwarnungen der deutschen Seewarte an auf See befindlichen Fischern übermitteln zu können. Da die Errichtung dieser Stationen aber nur langsame Fortschritte macht, hat die deutsche Seeberufsgenossenschaft sich nunmehr an die deutschen Reedereien gewandt und sie veranlaßte von ihren Kauffahrteischiffen aus, die mit Einrichtungen für drahtlose Telegraphie versehen sind, alle Sturmwarnungen, die ihnen zugehen, durch optische Signale an die Fischereifahrzeuge weiterzugeben. Die Kosten der Einrichtung der drahtlosen Telegraphie auf Fischereifahrzeugen stellt sich auf 6000 Mark pro Schiff. Hierzu werden von der Reichsregierung Beihilfen von je 3000 Mark gewährt. Man geht dabei von dem Grundsatz aus, daß die Uebermittelung drahtloser Meldungen nicht nur für Sturmwarnungen bestimmt ist, sondern auch wirtschaftliche Zwecke verfolgt. Denn die Fischereifahrzeuge erhalten auf diese Weise die Möglichkeit, schon auf hoher See über den Stand der verschiedenen Märkte unterrichtet zu werden, sodaß sie in der Lage sind, die für den Absatz ihres Fanges günstigen Chancen auszunutzen.

* **Das Mantelgesetz.** Das „Berliner Tageblatt" fordert die alsbaldige Aufhebung der im Jahre 1909 zur Deckung der Mehrausgaben für die Besoldungserhöhungen eingeführten Zuschläge zur Einkommensteuer unter der Begründung, daß diese Zuschläge nur vorübergehend bewilligt seien und daher jetzt fortzufallen hätten. Es kann dahingestellt bleiben, ob eine Finanzlage, die dazu nötigt, den nächstjährigen Staatshaushaltsplan mit einem Fehlbetrage von 29 Millionen Mark aufzustellen, die Forderung einer Steuerermäßigung sachlich zu rechtfertigen geeignet ist; denn die Behauptung des genannten Blattes, daß die jetzt in Kraft befindlichen Zuschläge nur vorübergehend bewilligt seien, trifft in dem dabei vorausgesetzten Sinne durchaus nicht zu. Die „B. P. N." führen zutreffend vielmehr folgendes aus:

Die in Rede stehende Bestimmung des sog. Mantelgesetzes hat, worüber die Materialien desselben keinen Zweifel lassen, vielmehr nur den Sinn, daß es sich vorübergehend nur auf die für die Steuererhebung gewählte Form der Zuschläge bezieht, daß aber die dadurch erzielte Mehreinnahme der Finanzverwaltung dauernd zugesichert ist. Die Staatsregierung hatte bekanntlich die Zustimmung zu den Besoldungserhöhungen in dem Gesamtbetrage von beinahe 200 Millionen Mark davon abhängig gemacht, daß wenigstens die Deckung eines Teils derselben, und zwar von 67 Millionen Mark durch dauernde Mehreinnahmen sichergestellt wurde. Deshalb ist in dem Mantelgesetz vorgesehen, daß, wenn wie zu hoffen, eine Verständigung zwischen den Faktoren der Gesetzgebung über die spätestens 1912 in Angriff zu nehmende Steuerreform nicht zustande kommt, die jetzt in Kraft stehenden Zuschläge fortdauern. Die Forderung des „Berliner Tageblatts" setzt sich daher in direkten Widerspruch mit dem Sinne und der Absicht der in Rede stehenden Bestimmung des Mantelgesetzes.

* **Tuberkulinbehandlung für die Eisenbahnarbeiter.** Die Eisenbahnverwaltung, die besonders bestrebt ist, die Gesundheitsfürsorge für ihre Angestellten immer intensiver zu gestalten, hat eine neue Verfügung erlassen, die sich auf die Behandlung von lungenkranken Arbeitern mit Tuberkulin bezieht. Die aus den Lungenheilstättenentlassenen Arbeiter, die Mitglieder der Kasse sind, können auf Anordnung des Vorstandes der Arbeiterpensionskasse nach Bedarf auf Kosten der Kasse eine Nachbehandlung durch Tuberkulin erfahren. Um nun eine günstige Wirkung und erfolgreiche Durchführung dieser besonderen Behandlung zu erzielen, die in Einspritzungen und nachfolgender Ruhe besteht, sollen den Bediensteten nach Bedarf Dispensationen vom Dienst oder sonstige Erleichterungen gewährt werden. Hierbei soll ihnen der volle Lohn ausgezahlt werden. Die entsprechenden Anordnungen hat der Kassenarzt zu treffen. Die vorstehende Verordnung bezieht sich natürlich nicht auf solche Fälle, in denen die behandelten lungenkranken Arbeiter erwerbsunfähig sind und Krankengeld beziehen. Soweit eine Tuberkulin-Nachbehandlung für Beamte ärztlicherseits angeordnet wird, können entsprechend den Anweisungen der Bahnärzte gleichfalls Diensterleichterungen stattfinden.

* **Brüsseler Schulausstellung und Schulmuseum.** Wie uns mitgeteilt wird, dürfte die deutsche Schulausstellung in Brüssel, deren Bestände bereits in dem Gebäude des Landesausstellungsparks am Lehrter Bahnhof in Berlin angelangt sind, im Februar d. Js. in der Westhalle des Ausstellungsgebäudes der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Frage der Errichtung eines ständigen Schulmuseums in Preußen hängt im wesentlichen mit der Ausstellung zusammen, die man aus begreiflichen Gründen gern dauernd erhalten möchte. Die jetzt hierüber geführten Verhandlungen haben bisher zu einem Abschluß noch nicht geführt, doch waltet das Bestreben vor, die Idee zur Verwirklichung gelangen zu lassen. Einen wesentlichen Hinderungsgrund für die Errichtung eines solchen Schulmuseums bildet das Fehlen hinreichender finanzieller Mittel und die Unterkunftsfrage. Bisher ist es noch nicht gelungen, hier einen Ausweg zu finden, und der nächste preußische Etat enthält keine Gelder, die hierfür Verwendung finden könnten. Unter diesen Umständen kann es nur erwünscht scheinen, wenn von privater oder anderer Seite Summen zur Verfügung gestellt würden, die eine Verwirklichung des an und für sich bedeutungsvollen und wichtigen Gedankens herbeiführen würden.

* **Zur Frage der Altpensionäre** hat die fortschrittliche Volkspartei im Abgeordnetenhause einen Antrag eingebracht, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Ruhegehälter der vor dem 1. April 1906 in den Ruhestand versetzten Staatsbeamten und Lehrer durch einen Prozentualzuschlag erhöht werden und den Witwen und Waisen der vor dem 1. April 1908 verstorbenen Staatsbeamten und Lehrer ein Prozentualzuschlag zu den Witwen- und Waisengeldern gewährt wird.

* **Mit der Eröffnung des württembergischen Landtages** ist den Ständen der neue Hauptfinanzetat 1911/12 zugegangen. Der Staatsbedarf beträgt für 1911: 103 870 136 Mk., für 1912: 106 540 516 Mk.; die Einnahmen werden auf 105 424 143 Mk. bezw. 107 837 145 Mk. geschätzt. Mithin würde ein Ueberschuß von 1 554 007 bezw. 1 297 329 Mk. entstehen, wenn nicht Gehaltsaufbesserungen für Beamte, Geistliche und Lehrer im Gesamtbetrage von 8,1 Millionen (gegen 9,1 Millionen) gefordert würden. Davon entfallen 2,9 Millionen auf die Eisenbahnverwaltung. Diese können aus dem in Aussicht zu nehmenden höheren Betriebsüberschuß der Eisenbahn gedeckt werden, dagegen können für den übrigen Mehrbedarf neue Einnahmen geschaffen werden, und zwar durch Zuschläge zu den Steuern und den Ertrag einer einzuführenden Staatslotterie. Für Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse der Verkehrsanstalten sind zwei neue Anleihen im Gesamtbetrage von 36 Millionen aufzunehmen, so daß die Staatsschuld insgesamt rund 656 Millionen beträgt. Der Finanzminister betont ausdrücklich, daß angesichts der hohen Anforderungen, die die notwendige Gehaltsaufbesserung an die Steuerkraft des Landes stellt, weitere neue Anforderungen an die Staatskasse zurückzuweisen sind. Die Maßnahmen zur Vereinfachung der Staatsverwaltung werden nur allmählich wirken und so bedarf es, um die dem Staatshaushalt erforderliche feste Grundlage zu sichern, der Einhaltung der äußersten Sparsamkeit. — Die gestern schon erwähnte Thronrede spricht die Befriedigung über die Ergebnisse des ersten Landtages aus und konstatiert den ungestörten Ausgang der gedeihlichen Entwicklung des Landes. Sie stellt fest, daß die fortdauernde Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse den Entwurf des Staatshaushaltsetats vorteilhaft beeinflußt habe und kündigt eine Denkschrift an über die Vereinfachung der Staatsverwaltung, Gesetzentwürfe betreffend die Aufhebung des Geheimen Rats, die Einführung der Berufsvormundschaft zur Verstärkung des Schutzes der Minderjährigen, die nachhaltige Förderung des Verkehrswesens usw. — Wie der „Württemb. Staatsang." noch schreibt, werden die außerordentlichen Bedürfnisse der Verwaltung der württembergischen Verkehrsanstalten im neuen Etat auf 40 500 000 Mk. veranschlagt.

* **Das kaiserliche Hoflager ist vom Neuen Palais nach Berlin verlegt worden.**

* **Der Kronprinz in Peschawar.** Der deutsche Kronprinz wiederholte am 13. cr. seinen Besuch des Khaibar-Passes, da der erste Besuch durch starken Nebel beeinträchtigt war. Der gestrige Ausflug war vom schönsten Wetter begünstigt. Von Fort Landi Kotal aus setzte der Kronprinz mit Gefolge den Ausflug, der in militärischer Hinsicht überaus interessant war, zu Pferde bis zur Grenze von Afghanistan fort. Morgens hatte der Kronprinz die in Peschawar lebenden Deutschen empfangen. Am Abend sind die Abreise nach Hassan Abdul zur Besichtigung des dort stehenden Gurkha-Regimentes statt.

* **„Das neue Jahrhundert".** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Ein Teil der Presse beschäftigt sich mit dem Artikel: „Das neue Jahrhundert" über angebliche Einwirkungen des Reichskanzlers in Rom bei den Verhandlungen des Kardinals Fischer, sowie der Abgeordneten Spahn und Pieper mit der Kurie über die Gewerkschaften in Deutschland. Soweit dieser Artikel die Haltung des Reichskanzlers und des preußischen Gesandten beim Vatikan betrifft, entbehrt er jeglicher Grundlage.

Deutscher Reichstag.

105. Sitzung vom 13. Januar 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Lisco.

Die Einzelberatung der Novelle zum

Strafgesetzbuch

wird fortgesetzt.

Die Sozialdemokraten beantragen, sachlich zu dem bereits gestern erledigten Artikel 4, der auf Antrag Wagner in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen ist, formell jedoch als Artikel 5a einen neuen Paragraphen, der die Wahrnehmung öffentlicher Interessen erheblich ausdehnen will.

Ueber die Zulässigkeit dieses Antrages entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Präsident Graf Schwerin betont, die zugehörige Materie sei bereits gestern erledigt. Gleichwohl werde er das Haus befragen, ob es den Antrag noch besprechen wolle. Die Abgg. Dr. Wagner (kons.), Frhr. v. Gamp (Rp.) und Gröber (Ztr.) betonen, der Antrag sei aus Unachtsamkeit zu spät gestellt. Ein Rechtsstandpunkt für seine nachträgliche Erledigung könne nicht erhoben werden. Die Abgg. Bassermann (nl.) und Dr. Müller-Meiningen (fortschr.) erkennen diesen Standpunkt juristisch als korrekt an, bitten aber, den Antrag aus Billigkeitsgründen noch zuzulassen. Als Abg. Ledebour (Soz.) den Widerstand gegen die Zulassung des Antrages als Ueberrumpelung bezeichnet, rügt Präsident Graf Schwerin diesen Antrag. Abg. Lattmann (wirtsch. Vgg.) bemerkt, der Billigkeitsstandpunkt könne nur in Frage stehen, wenn sich die Antragsteller von vornherein auf diesen Standpunkt gestellt hätten.

Das Haus entscheidet mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und einzelner Nationalliberaler die Unzulässigkeit des Antrages.

Schutz der Jugendlichen.

Es folgt § 223, Abs. 2, der nach den Kommissionsbeschlüssen Strafe vorsieht, wenn gegen eine noch nicht 18 Jahre alte oder wegen Gebrechlichkeit oder Krankheit wehrlose Person, die der Fürsorge oder Obhut des Täters untersteht oder seinem Hausstand angehört, eine Körperverletzung mittels wiederholter roher oder boshafter Behandlung begangen wird oder derjenige, der zur Fürsorge einer solchen Person verpflichtet ist, eine derartige Körperverletzung duldet.

Abg. Dr. Faßbender (Ztr.) begründet einen auch von Konservativen und Nationalliberalen unterstützten Antrag, nach dem das Alter auf 16 Jahre herabgesetzt wird und Strafe schon bei einmaliger roher Behandlung eintritt. Der Passus über Duldung von Körperverletzung bei derartigen Personen soll fortfallen. Weiter soll in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Herabsetzung des Strafalters, wie sie der Vorredner will, muß zu den schlimmsten Mißständen führen. Die jüngsten Prozesse gegen Leiter von Fürsorgeerziehungsanstalten sagen in dieser Richtung genug. Wir würden sogar lieber 21 statt 18 Jahre sagen.

Abg. Dr. Heinze (natl.): Man darf zum Schutz solcher Rechtsgüter auch nicht zu weit gehen. Wir können nicht zugeben, daß 16- und 17jährige Personen völlig wehrlos sind; sie können sich wehren oder zur Polizei gehen. Wenn andererseits jemand z. B. einen 16jährigen Sohn körperlich züchtet, so kann das eine Roheit sein, aber es ginge zu weit, in allen diesen Fällen wegen Roheit von Amts wegen vorzugehen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fortschr.): Der Antrag Faßbender bringt Verwirrung in die Situation. Abg. Faßbender war in der Kommission selbst für 16 Jahre. Für uns ist maßgebend die kriminalpolitische Wehrlosigkeit und die reicht bis zum 18. Lebensjahr. Ein Wort nur zur Beruhigung der deutschen Lehrerschaft. Ihre Bestrafung, daß auch jede einzige kleine einfache Mißhandlung unter diesen Paragraphen fiele, ist gegenstandslos. Allerdings wäre mir das lieblich, es würde in den Schulen überhaupt nicht mehr geprügelt. Die Einfügung der fünf Jahre Zuchthaus macht dem guten Herz des Abg. Faßbender alle Ehre. Aber solange Sie nicht bestimmter sagen, wann die „besonders schweren Fälle" vorliegen, können wir der Bestimmung nicht beipflichten.

Staatssekretär Lisco: Ich würde in erster Linie das 16. Jahr empfehlen, aber schließlich auch nichts gegen das 18. Jahr haben. Ich warne aber vor der Bestimmung „rohe oder boshafte Behandlung"; „grausam" wäre hier das richtige Wort. Die Wendung „besonders schwerer Fall" scheint mir zu dehnbar zu sein.

Abg. Kölle (wirtsch. Vgg.): Wir sind für den Antrag Faßbender. Für 16 wie für 18 Jahre lassen sich Gründe anführen. Wer aber unsere Jugend kennt, weiß, daß bei 16 und 17 Jahren von Wehrlosigkeit nicht die Rede ist. Besonders wertvoll am Antrag erscheint uns die Möglichkeit, nun auch die Zuhälter energischer zu fassen.

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole): Wir halten an den Kommissionsbeschlüssen fest.

Abg. Gröber (Zentr.): Kompromisse verderben das gute Herz. (Heiterkeit.) Das sieht man am Antrag Faßbender, dem ich nicht zustimmen kann. Ich würde für Roheit oder Bosheit viel lieber sagen: Gefühllosigkeit.

Ein Reichsamtsvertreter: Eine grundsätzlich verschiedene Auffassung liegt nicht vor. Nach Ansicht der Regierungen aber schließt das Schutzalter am besten mit dem 16. Lebensjahr. Den letzten Passus, der Zuchthaus vorsieht, bitte ich abzulehnen.

Abg. Frohme (Soz.): Das Schutzalter bis zum 18. Jahre auszudehnen, sollte eine selbstverständliche Mindestforderung sein.

Abg. Dormann (fortschr.): Der Antrag Faßbender trifft das Richtige und trägt dem Volksempfinden Rechnung. Er bringt eine wesentliche Verbesserung der Kommissionsbeschlüsse. Noch lieber als der Kompromißantrag wäre mir freilich ein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191101142-10/fragment/page=0001

besonderes Jugendschutzgesetz. Jedenfalls muß unsere Jugend gegen alle Bestien geschützt werden.

Abg. Dr. Wagner (kons.): Der Kompromißantrag Faßbender bringt im Endergebnis keine Minderung des Jugendschutzes. Der Streit, ob 18, ob 16 Jahre, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Ich stimme für 16 Jahre, ohne betrübt zu sein, wenn die Mehrheit 18 Jahre beschließt.

Abg. Dr. Faßbender (Zentr.): Wenn wir in besonders schweren Fällen Zuchthaus androhen, so tun wir es, um gegen Buhälter abschreckend zu wirken.

Die Erörterung schließt. Der Abschnitt wird im wesentlichen in der Fassung des Antrages Faßbender angenommen.

Sonnabend 11 Uhr: Militärstrafgesetzbuch, Fortsetzung der eben abgebrochenen Beratung, Petitionen.

Schluß 8/6 Uhr.

Die Kammerrede des französischen Ministers des Aeußeren.

In der großen Rede, die der französische Minister des Aeußeren, Pichon, bekanntlich am Donnerstag in der französischen Deputiertenkammer hielt, erklärte er zu den Fragen der allgemeinen Politik u. a.:

Wir brauchen weder aus einer der Kundgebungen in ausländischen Parlamenten oder in der Presse noch aus einer der Monarchen- oder Ministerbegegnungen angenehme Folgerungen für unsere Politik oder für das System unserer Bündnisse oder Freundschaften zu ziehen. Mit der italienischen Regierung bestehen Einverständnisse und Vereinbarungen, welche auf der gegenseitigen Anerkennung der Interessen und Rechte beider Länder beruhen. Diese Freundschaft ist durch keine Wolke getrübt worden. — Unsere Entente mit England war niemals enger, niemals vollständiger als heute. Die beiden Länder, deren Beziehungen immer vertraulicher und enger werden, lassen ihre Entente nur dazu dienen, in allen schwierigen friedliche Lösungen herbeizuführen. — Oesterreich-Ungarn ist, was die äußere Politik anbelangt, ein Element der Beharrung des Gleichgewichts und der Stabilität. Seine Interessen stehen nicht im Gegensatz zu den unseren. Es gibt keinen Gegenstand des Zwistes zwischen ihm und uns. Was ist denn in der Angelegenheit Bosniens und der Herzegowina geschehen? Haben wir uns von Rußland und England getrennt? Keinen Augenblick! Im Gegenteil, wir haben nicht aufgehört, uns zu besprechen, zu verständigen und in Uebereinstimmung vorzugehen. Wir haben damals durch unsere gemeinsame und dreifache Entente die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa gesichert. — Ueber die Beziehungen zu Rußland bemerkte der Minister: Man würde völlig ins Gebiet der Legende geraten, wenn man auch nur einen Augenblick glauben wollte, daß in irgend einem Punkte etwas vorgekommen sei, wodurch der Charakter und die Ziele unseres Bündnisses mit der russischen Regierung und dem russischen Volke geändert werden könnten. Das Bündnis ist so lebendig und so jugendfrisch, wie je. Es hat nie den Gedanken eines Angriffs auf irgend jemand in sich geschlossen, sondern es hat lediglich den Zweck, den beiden Ländern, die es abgeschlossen haben, die Kraft zu verleihen, ihre Interessen und ihre Rechte gegen jede Bedrohung zu schützen und an dem Friedenswerke mitzuarbeiten, das allen Völkern am Herzen liegt. Man muß genau beachten, was aus den Erklärungen selbst hervorgeht, deren Text hier und da als Grundlage der Behauptung oder Vermutung hat dienen müssen, daß etwas Neues geschehen sei, was das allgemeine System der europäischen Bündnisse und Ententen beeinflussen könnte. Die Angeichen dafür hat man in der letzten Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg im deutschen Reichstage finden wollen. Es hatte mir indessen bei der aufmerksamen Lektüre dieser wichtigen Rede geschienen, daß Herr v. Bethmann Hollweg bei seiner Besprechung der Potsdamer Begegnungen sorgfältig bemüht gewesen ist, die öffentliche Meinung vor denjenigen zu warnen, die sich hätten versucht sehen können, sich eine falsche Vorstellung von ihrem Charakter zu machen. Gegen wir gegen irgend jemand, wer es auch sein mag, Angriffsgedanken? Ist nicht gerade das Gegenteil der Fall? Ist es nicht unsere hauptsächliche Absicht, durch unsere diplomatischen Verständigungen und insbesondere durch unser Bündnis mit Rußland neue und festere Garantien für den allgemeinen Frieden zu geben? Pichon erinnerte sodann an die Worte des Reichskanzlers über das Interesse Deutschlands und Rußlands an der Aufrechterhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel und fuhr fort: Der Status quo im Orient ist auch die Grundlage der französischen Politik im Orient. Wie sollten wir es jetzt bedauern, daß im Verlauf der Unterredungen, von denen Herr v. Bethmann Hollweg gesprochen hat, die Vertreter Deutschlands und Rußlands sich über ihre Interessen in Persien und über die Erleichterungen ausgesprochen haben, die sie einander zur Entwicklung ihres Handels und zur Schaffung neuer Verkehrswege in diesem Lande gewähren wollten, die ihnen neue Absatzmöglichkeiten bieten sollen? Wir können es um so weniger, als damit ein weiterer Grund möglicher Wirren und Schwierigkeiten verschwindet, und als die Punkte, über welche die Regierungen ihre Ansichten ausgetauscht haben, uns nicht aufregen können. Wir können das mit aller Sicherheit sagen, da wir über den Hergang genau informiert sind. Wie können wir bedauern, daß Rußland, welches mit England über die persischen Angelegenheiten bereits ein Abkommen getroffen hat, sich auch mit Deutschland über diesen Gegenstand verständigt, da wir ja selbst unter nicht unähnlichen Umständen mit Bezug auf Marokko dasselbe getan haben, und es vielleicht morgen über andere Punkte wieder tun könnten, wenn unsere gegenseitigen internationalen Beziehungen oder unsere Bedürfnisse uns dahin führen würden? Die Grundsätze, nach denen Rußland gehandelt hat, sind dieselben, von denen wir bewegt waren, und die Empfindungen, mit denen wir im gegebenen Augenblick das Ergebnis der Unterhandlungen, die zwischen den beiden Mächten gepflogen werden, aufnehmen werden, dürfen nicht von denen verschieden sein, mit welchen die russische Regierung das Ergebnis der französisch-deutschen Unterhandlungen im Jahre 1909 aufgenommen hat. Hier schließt sich die Frage an, die Jaurès in Sachen der Bagdadbahn gestellt hat. Was wir wissen, sagte der Minister, und was ich berechtigt bin zu sagen, ist, daß in den ersten Worten, die in Potsdam ausgetauscht wurden, festgestellt worden ist, daß die Bündnistreue die Grundlage der russischen und der deutschen Politik bleibe. Es handelte sich darum, dem mehr wirtschaftlichen als politischen Wettbewerb ein Ende zu machen, dessen Milderung dem Frieden Europas nur nützen kann. Nach wie vor machen Frankreich und Rußland ihr Bündnis zu einer der bleibenden und unveränderlichen Grundlagen ihrer Politik, und das Bündnis bewahrt seinen Charakter, den es bisher niemals aufgegeben hat.

Am Freitag setzte die französische Deputiertenkammer die Debatte über das Budget des Ministeriums des Aeußern fort.

Jaurès sagte, die Diplomatie habe bei Gelegenheit der Annexion Bosniens und der Herzegowina eine zweifelhafte Rolle gespielt. Redner erklärte weiter, Rußland habe in Potsdam versprochen, seinen Einfluß bei Frankreich geltend zu machen, um den Bau der Bagdadbahn zu verwirklichen, während man andererseits übereingekommen sei, die anatolische Bahn nicht zu bauen. In welchem Maße werde die Regierung an dieser doppelten im Interesse Rußlands und des Germanismus liegenden Bedrohung der Türkei und Persiens teilnehmen? Wüßte sie, daß diese Fragen in Potsdam behandelt worden würden? (Pichon: Wir haben gewußt, daß es sich um Persien und die persischen Bahnen handelte.) Es sei kindisch, zu glauben, Rußland könnte Forderungen Frankreichs an Deutschland unterstützen. Das sei eine Garantie des Friedens, aber es wäre vorzuziehen, daß eine direkte und loyale Annäherung an Deutschland ins Werk gesetzt würde, die die Bedingung für den Weltfrieden sei. Frankreich dürfe in der Tripleentente keine untergeordnete Rolle spielen. Sein Gesetz sei in das Geheimnis einer Begegnung zwischen Aehrenthal und Iswolski hineingezogen worden, über die Frankreich vorher nicht unterrichtet gewesen seien. Wenn wir auch vor vierzig Jahren besiegt worden sind, so hat man doch nicht das Recht, uns eine Politik der Besiegten aufzunötigen! Zu der Frage der türkischen Anleihe bemerkte Jaurès, die von Frankreich zugunsten der Ottomanischen Bank gestellten Bedingungen seien für die Jungtürken unannehmbar gewesen, die darin eine Bedrohung ihrer nationalen Unabhängigkeit hätten erblicken können. — Zu Beginn der Nachmittagssitzung bekämpfte Jaurès die Politik des bewaffneten Friedens und sagte, ein Krieg, der eine Besitzergreifung zum Zwecke habe, würde scheitern. Der Sieger Preußen habe die Enteignungsgesetze „scheitern" sehen, durch die er Polen zu zähmen gedachte. Und betreffend Elsaß-Lothringen, so fügte Jaurès hinzu, will ich keine unklugen Worte gebrauchen, denn ich weiß, sie würden dort verschärfte Plackerei und Unterdrückung als Widerhall haben. Man kann zwar zwei Waldbäume durch eine Mauer trennen, aber ihre Wurzeln werden sich wieder vereinigen. Die Elsässer und Lothringer begnügten sich damit, in dem neuen Rahmen, in den sie gestellt sind, die Freiheit im Namen ihrer alten Traditionen zu fordern. Jaurès erklärte weiter, die größte Gefahr für den Weltfrieden würde in einem Zusammenstoß Deutschlands mit England liegen, aber dieser Zusammenstoß würde nur dann stattfinden, wenn eine der beiden Nationen hoffe, Frankreich mitzuziehen. Jaurès kam sodann auf den Plan eines allgemeinen Schiedsgerichts und sagte: Frankreich muß seinerseits bezüglich dieses Planes die Initiative ergreifen.

Nach der Rede von Jaurès wurde die Beratung über das Budget ausgesetzt. Die Kammer verhandelte hierauf Interpellationen über die Rolle, die der Arbeiterverband gespielt habe. Berry verlangte die Auflösung dieses Verbandes, welcher den gewerkschaftlichen Boden verlassen habe, um Ausstände zu schüren und unpatriotische Gesinnung zu fördern. Hierauf wurde die Fortsetzung der Verhandlung über die Interpellation auf nächsten Freitag vertagt und die Sitzung geschlossen.

Ausland.

Die Handelsverträge Japans.

Das Reutersche Bureau erfährt über die jetzt in London stattfindenden Tarifverhandlungen zwischen der englischen und der japanischen Regierung: Als über die jetzt ablaufenden Handelsverträge Japans mit Großbritannien, Frankreich und Deutschland verhandelt wurde, suchte Japan die Abschaffung der Exterritorialität zu erlangen und erklärte sich bereit, seinerseits Zugeständnisse in anderen Richtungen zu gewähren. Der damals in die Verträge aufgenommene Konventionaltarif ist daher gänzlich einseitig. Japan verlangt, daß die neuen Verträge mehr auf Gegenseitigkeit beruhen sollen. Die jetzt mit Großbritannien und anderen Ländern stattfindenden Verhandlungen zielen darauf ab, diesen Gedanken der Reziprozität zu verwirklichen. Was den kürzlich in Japan eingeführten neuen Tarif anlangt, so wird erklärt, daß er nach der japanischen Verfassung durch Spezialverträge mit fremden Mächten ersetzt werden kann, ohne daß das Parlament um seine Zustimmung ersucht zu werden braucht und obschon das Tarifgesetz selber unverändert bleibt. Die neuen Handelsverträge werden in ihren Grundzügen den ablaufenden Verträgen folgen, aber mit dem wichtigen Zusatz, daß in gewissen Fällen ein neuer Spezialtarif hinzugefügt werden soll.

*

Die Lage in Portugal. Nach einer Meldung aus Lissabon wurden am Donnerstag um 10 Uhr abends die Forderungen der ausständigen Bahnangestellten von der Gesellschaft im ganzen abgelehnt. Es wurde ihnen aber eine allgemeine Lohnerhöhung von 25 Centimes und ein Zuschlag von 10 Proz. auf den gegenwärtigen Lohn angeboten. Die Ausständigen sind von den Zugeständnissen nicht befriedigt. Sie wiesen auch die Forderung des Ministers des Innern zurück, den Südexpreßzug abfahren zu lassen. — Eine spätere Meldung aus Lissabon, 13. Januar, besagt: Der Ausstand der Eisenbahner zeigt keine Veränderung. Die Bahnhöfe sind verlassen. Die Versorgung der großen Orte mit Lebensmitteln geschieht durch Wagen und auf dem Wasserwege. — Sodann läuft folgende Post aus Oporto ein: Nach Proklamierung der Republik waren die Gemeindebehörden von Lissabon und Oporto als die einzigen im Amte gelassen worden mit Rücksicht auf ihre republikanische Gesinnung. Am 12. cr. hat nun die Gemeindevertretung von Oporto kollektiv ihre Entlassung eingereicht und dies mit dem Mangel an Vertrauen seitens des Regierungsvertreters in Oporto begründet. Der Gouverneur hat gleichfalls seine Entlassung eingereicht.

Frankreich und Liberia. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist der Grenzvertrag zwischen Frankreich und Liberia am 13. cr. in Paris unterzeichnet worden.

Die Eröffnung des finnischen Landtages. Dem Generalgouverneur von Finnland ist durch eine kaiserliche Urkunde befohlen worden, den finnischen Landtag am 14. Februar im Namen des Kaisers zu eröffnen.

Die Befestigung des Panamakanals. Der Bericht des Befestigungsausschusses, der sich an Tafts Botschaft über den Panamakanal anschließt, empfiehlt, daß die Befestigungswerke von Panama 8 vierzehnzöllige und 12 sechszöllige Geschütze sowie 24 zwölfzöllige Mörser anwerben sollen. Die Garnison soll in Friedenszeiten 12 Kompagnien Küstenartillerie, 4 Regimenter Infanterie, 1 Bataillon Feldartillerie und 1 Schwadron Kavallerie zählen.

Honduras. Wie dem Staatsdepartement in Washington aus Honduras gemeldet wird, ist General Bonilla im unbestrittenen Besitz von Trujillo.

Aeroplane für die Vereinigten Staaten von Amerika. Das Unterhaus hat eine Bill betreffs des Ankaufs von Aeroplanen für die Armee angenommen.

Die Moabiter Straßenexzesse vor dem Schwurgericht.

Vierter Verhandlungstag.

Landgerichtsdirektor Unger eröffnet die Sitzung am Freitag um 10¼ Uhr. Die Vernehmung der Zeugen wird fortgesetzt. Aus den Bekundungen der Zeugen ist folgendes hervorzuheben: Zeuge Arbeiter Hiller, der von seiner Waschfrau kam und einen Freund nach Hause begleitete, sei, als er mit dem Freunde eine Bedürfnisanstalt an der Ecke der Stromstraße und Turmstraße aufsuchte, in dieser Anstalt von plötzlich eindringenden Schutzleuten mit Säbelhieben zu Boden geschlagen und am Kopf und Unterarm verletzt worden. Er hat infolge der Verletzungen 13 Tage im Krankenhause gelegen und dann noch sich 14 Tage zu Hause erholen müssen. Auch sein Begleiter Max Gerlach sei zu Boden geschlagen worden und hat 7 Wochen im Krankenhause gelegen.

Der Arbeiter Friedrich Kühl bekundet: Am Montag, 26. September, sei er mit einem Zuge auf dem Bahnhofe Beusselstraße angekommen. Als er mit den angekommenen Fahrgästen aus dem Bahnhof herausgetreten sei, war keine Menschenmenge zu sehen gewesen, dagegen seien reitende Schutzleute angesprengt, auf die vom Bahnhof kommenden Leute losgeritten und hätten ihn niedergeritten. Es marschiert dann noch eine Anzahl von Zeugen auf, die schon im Strafkammerprozeß Aussagen über ihnen „von Schutzleuten zugefügte schwere Mißhandlungen" gemacht haben. Sie wiederholen diese Aussagen und bleiben dabei, daß die Schutzleute „ohne Grund auf sie losgeschlagen und dabei geschimpft" hätten. Die Beweisaufnahme wendet sich nun zur Erörterung der Straftaten, die den einzelnen Angeklagten zur Last gelegt werden. — Der Vormittagssitzung wohnte Kammergerichtspräsident Heinroth bei.

Aus Nah und Fern.

„Aus Rache gegen den Staat". Im Reichsmuseum zu Amsterdam wurde am Freitag das berühmte Gemälde Rembrandts „Die Nachtwache" durch mehrere Messerstiche schwer beschädigt. Der Täter, ein 25jähriger ehemaliger Schiffskoch der Marine namens Sigrist, wurde verhaftet. Er gibt an, aus Rache gegen den Staat gehandelt zu haben, weil er nach einer ärztlichen Untersuchung nicht wieder eingestellt worden sei. Die dem Bilde zugefügte Beschädigung besteht in einem ziemlich tiefen Stich in der Gegend der Knie der vordersten Hauptgestalt des Gemäldes, ferner in oberflächlichen Beschädigungen in der Höhe der Brust bei der ersten und zweiten Hauptfigur. Man hofft, das Gemälde so gut wiederherstellen zu können, daß von der schweren Beschädigung nichts zu sehen sein wird.

Der frühere dänische Ministerpräsident J. C. Christensen hat sich infolge eines Gallensteinleidens einer Operation unterzogen, bei der eine begrenzte Bauchfellentzündung festgestellt wurde. Der Zustand des Patienten ist ernst.

Die Eisenbahnen im Schnee. Die Eisenbahnverbindungen in Nordspanien sind infolge Schneesturmes fast vollständig unterbrochen. Mehrere Züge sind an verschiedenen Punkten im Schnee stecken geblieben.

Elf Personen ums Leben gekommen. Man meldet aus Huelva: Durch den Bruch des Dammes eines Wasserreservoirs sind elf Personen umgekommen.

Von Peary. Nach einer Meldung aus Washington hat der Marineausschuß dem Unterhause die Annahme der Gesetzesvorlage empfohlen, durch die Peary als Anerkennung seiner „Nordpolfahrt" der Rang eines Kontre-Admirals verliehen wird.

Schwerer Eisenbahnunfall. Wie wir aus Batavia (Staat New-York) erfahren, fuhr gestern auf der New-York-Zentralbahn ein Zug auf einen anderen auf. Bisher wurden sechs Leichen geborgen, die Zahl der Verletzten beträgt 18.

Rom—Berlin telephonisch! Der italienische Ministerrat hat die Kredite zur Einrichtung einer direkten telephonischen Verbindung Rom—Berlin bewilligt.

Ein neuer Erdstoß in Wiernyi. Gestern um Mitternacht fand ein heftiger Erdstoß mit starkem Getöse statt. In der Ortschaft Kebery im Pischpekbezirk wurden die Leichen von 204 Kirgisen ausgegraben. Eine Unmenge Vieh ist umgekommen.

Für polnische Schulen in Warschau wurden von einem Großgrundbesitzer 300 000 Rubel vermacht mit der Bestimmung, daß der Betrag, falls an den betreffenden Schulen nicht in polnischer Sprache unterrichtet werde, der Krakauer Universität zufällt.

Ein Erdrutsch. Im Weinorte Zell und seiner Umgebung ist ein Erdrutsch im Gange. Das Rebgelände ist in Bewegung. Die Erdrisse sind so groß, daß sie Menschen aufnehmen können.

Provinz Sachsen und Umgebung.

— **Dürrenberg**, 13. Januar. (Mit einer Schußwunde im Kopfe) fanden, wie der „M. Korresp." schreibt, seine Angehörigen den Gutsbesitzer Traugott Berlich im benachbarten Baldit bewußtlos in seiner Behausung. Der schnell hinzugezogene Arzt ordnete die sofortige Ueberführung des Unglücklichen in die Hallesche Klinik an, wo bald darauf der Tod eintrat. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, wird sich schwer ermitteln lassen. B. war Ortsrichter und bekleidete verschiedene Ehrenämter.

y. **Hecklingen**, 13. Januar. (Rübenabschlüsse.) Die hiesigen Landwirte haben in diesem Jahre das erste Mal nach außerhalb Rüben abgeschlossen. Die Zuckerfabrik Osmarsleben, mit welcher die Abschlüsse erfolgt sind, baut auf hiesigem Bahnhofe eine Wage. Der Zentner Rüben kostet 95 Pfg. bei 45 Proz. Schnitzelrückgabe.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

— **Todesfall.** Der 60jährige Kunstmaler Professor von Czachowski in München ist am Donnerstag abend in seiner Wohnung tot aufgefunden worden. Der Tod ist infolge Schlaganfalls eingetreten.

W. **Von der Afrika-Expedition des Herzogs Adolf Friedrich** ist in Hamburg ein Telegramm eingegangen, das gute Nachrichten enthält. Danach dürfte sich die Expedition am Neujahrstage glücklich von dem südwestlich des Tschadsees gelegenen Fort Lamy befunden haben.

W. **Petersburg**, 13. Januar. Der Kaiser bestätigte die Wahl des Geheimrats Ehrlich zum Ehrenmitglied des Kaiserlichen Instituts für Experimentalmedizin.

Letzte Telegramme.

Ein Postautomobil umgestürzt.

Kassel, 14. Januar. In der Nähe von Kassel geriet ein Postautomobil in einen Schneesturm hinein und stürzte auf einer glatten, abschüssigen Stelle um. Neun Reisende erlitten leichte Verletzungen.

Zu dem Eisenbahnerausstand in Portugal.

Hamburg, 14. Januar. Die Hamburger Exporteure erhielten die Mitteilung, daß die Dampfer in Lissabon wohl löschen können, daß aber infolge des Eisenbahnerausstandes die Warenspeicher jetzt so überfüllt sind, daß voraussichtlich neu ankommende Dampfer nicht mehr werden löschen können.

Großfeuer im Hotel.

Montreux, 14. Januar. Ein Großfeuer hat gestern das „Hotel Continental", das für 150 Gäste eingerichtet ist, teilweise zerstört. Der Brand brach im Kehrichtkanal aus, der wie ein Kamin bis zum Dachgeschoß führt. Das Hotel war von Fremden vollständig besetzt. Viele wurden vom Feuer im Schlafe überrascht und mußten über das Dach flüchten.

Die kanadisch-amerikanischen Gegenseitigkeitsverhandlungen.

New-York, 13. Januar. Das „Journal of Commerce" meldet aus Washington, daß die kanadisch-amerikanischen Gegenseitigkeitsverhandlungen ernstlich gefährdet seien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191101142-10/fragment/page=0002

Schiffsbewegungen der Kaiserlichen Marine.

Berlin, 13. Januar. Der R. P. D. „Derfflinger" ist mit dem Rekrutentransport für die Marinefeldbatterie in Tsingtau auf der Ausreise am 12. Jan. in Hongkong eingetroffen und hat am 13. Jan. die Reise nach Schanghai fortgesetzt. „von der Tann" ist am 11. Jan. von Danzig nach Kiel in See gegangen. „Augsburg" am 12. Jan. in Kiel eingetroffen. Torpedoboote „V. 187" und „G. 194" sind am 11. und 12. Jan. von Stapel gelaufen.

Landwirtschaftliches.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.

Provinzialsächsische Monatsschrift für Obst-, Wein- und Gartenbau. Der Jahrgang 1910 kann noch in einer beschränkten Anzahl zum Vorzugspreis von 1 Mk. an die der Landwirtschaftskammer angeschlossenen Vereine oder ihre Mitglieder abgegeben werden. Bestellungen sind an die Landwirtschaftskammer zu richten.

Die elektrotechnische Abteilung des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Provinz Sachsen berät nicht nur Genossenschaften, sondern steht auch den einzelnen Landwirten, insbesondere denen, welche nicht Genossenschaften angehören, zur Begutachtung für Kostenanschläge und Ausführung von Hausinstallationen zur Verfügung.

Lieferung von Werkstattsnutzhölzern. Die Königliche Eisenbahndirektion zu Hannover hat abermals das Ersuchen an die Kammer gerichtet, Angebote auf freihändige Lieferung von Werkstattsnutzhölzern zu vermitteln. Die Herren Privatwaldbesitzer sowie kleineren Unternehmer, welche das Holz aus einheimischen Forsten beziehen und gewillt sind, sich an der Lieferung zu beteiligen, werden ersucht, unverzüglich ihre Adresse an die Kammer einzureichen.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

‡ Die Landbank Berlin hat durch ihre Geschäftsstelle in Hannover das im Kreise Sieg, Rheinpr., belegene, ca. 291 Morgen große Gut Turmhof von Herrn Gutsbesitzer S. Daniel käuflich erworben.

—y. **Zum Konkurs der Niederdeutschen Bank.** In dem Prüfungstermin des Konkurses des verhafteten Direktors Ohm teilte der Konkursverwalter mit, daß eine Uebersicht noch nicht gegeben werden könne, da auch im Konkurse der Niederdeutschen Bank eine abgeschlossene Liste der Forderungen noch nicht vorliege und da die Gläubiger der Niederdeutschen Bank ihre Forderungen auch gleichzeitig im Konkurse über den Bankier Ohm anmeldet hätten. Der Konkursverwalter der Niederdeutschen Bank erklärte, er sei außerstande, am 18. Januar, dem voraussichtlichen Prüfungstermin im Konkurse der Niederdeutschen Bank, eine abgeschlossene Liste der angemeldeten Forderungen vorzulegen. Es wurde daher beschlossen, diesen Prüfungstermin auf den 13. Februar und den Prüfungstermin im Konkurse Ohm auf den 6. März zu vertagen. Was die Schenkungen Ohms anbetrifft, so glaubt der Konkursverwalter einen Teil zugunsten der Masse zurückgewinnen zu können. Bisher hat der Verkauf von Objekten aus der Konkursmasse Ohm einen Erlös von rund 99 000 M eingebracht.

W. In der Versammlung der Metallinteressenten am Freitag in Berlin war die Stimmung recht lustlos, da die Nachrichten von den Kupfer- und anderen Metallmärkten eine Anregung nicht bieten. Der Konsum bekundet zwar andauernd großes Interesse, doch ist es zu Abschlüssen, sowohl zu ermitteln war, nicht gekommen. Elektrolytisches Kupfer blieb zu 117 M, Verschiffung Februar oder März angeboten. Für Zink war die Stimmung unlustig. Blei lag etwas fester.

W. Die Beteiligung der einzelnen Staaten an der Subskription der ungarischen Kronrente ist folgende: Deutschland 12 Milliarden, Oesterreich 1600 Millionen, Ungarn 400, Schweiz 17, Belgien 7 und Holland 6 Millionen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Berlin**, 13. Januar. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg. Inländ. 197—201 M, Märkischer und Havelländer —,— ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Abnahme im laufenden Monat —,—. M, im Mai 208,25 bis 207,75 M, im Juli 208,50 bis 208,25 M. Tendenz: matter. — Roggen für 1000 kg. Inländ. 148,00—148,50 M ab Bahn. Normalgewicht 712 g. Abnahme im laufenden Monat —,— M, Mai 157,00—157,25—157,00 M, im Juli —,— bis —,— M. Tendenz: still. — Hafer per 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abn. im laufenden Monat —,— M, im Mai 156,00 M, im Juli 158,25 M. Tendenz: behauptet. Mais per 1000 kg. Ohne Angabe der Provenienz. Abnahme im Mai 135,75 M, im Juli 137,75 M. Tendenz: behauptet. Weizenmehl per 100 kg brutto einschl. Sack: Nr. 00 24,00 bis 27,50 M, feinste Marken über Notiz bezahlt. Tendenz: ruhig. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 18,60—21,10 M, Abnahme im Mai 19,10 M. Tendenz: ruhig. Rüböl für 100 kg mit Faß. Abnahme im laufenden Monat —,— M, im Mai 59,10—59,00—59,30 M. Tendenz: behauptet.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 13. Jan. Weizen loko 197—201 M ab Bahn und frei Wagen, Mai 208,00 bis 207,75 M, Dezember —,— M. — Roggen loko 148,00—148,50 M ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— bis —,— M. — Gerste, leichte inländ. Futtergerste 138,00—152,00 M, schwere do. 153,00—161,00 M, russische und Donau leichte 122,00 bis 126 M, do. schwere 127—132 M frei Wagen und ab Bahn. — Hafer, märk. mecklbg., pomm., schles. fein 173—182, do. mittel 162—177, do. gering 155—164, russischer feiner 168—180, mittel 155—167 M, gering 149—154 M ab Wagen und ab Bahn. — Mais, amerikan. mixed 139—142 M, do. abfall. —,— M, runder 136—146 M, frei Wagen. — Erbsen, inländische Futtervare, mittel 149—156 M, russische do. 149—156 M, feine Taubenerbsen 157—166 M, Viktoriaerbsen —,—— M, kleine Kocherbsen —,— M frei Wagen und ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 24,00—27,50 M. Roggenmehl 0 u. 1 loko 18,50 bis 21,10 M. Weizenkleie, grob 9,90—11,25 M, feine 9,90 bis 11,25 M. Roggenkleie 9,50—10,25 M.

L. **Weltmarkt.** Berlin, 13. Jan. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin 755 gr. Mai 207,75, Juli 208,25. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 156,30, Mai 163,65. Chicago Northern I Spring, Mai 157,10, Juli 149,35. Liverpool Red Winter Nr. 2 März 161,75. Paris Lieferungsware Jan. 22,10, Budapest Lieferungsware April 189,20. Odessa Ulka 9 25/90 3—4% Bel. einschl. Bordolspesen loko 142,30. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei 146,85. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 1.7,00, Juli 159,25. Odessa 9 10/90 einschl. Bordolspesen loko 97,50. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 156,00, Juli 158,25. Mais: Berlin Lieferungsware Mai 135,75. Newyork mixed Mai 96,50. Buenos-Aires Durchschnitts-Qualität bordfrei 97,00.

L. **Hamburg**, 13. Januar. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Durum I Duluth Jan./Febr. 225 M, Manitoba Jan./Febr. Nr. II 228 M, III 223 M, IV 220 M, V 21 1/2 M, Rosafe 77 kg Jan. 218 M, 79 kg Jan./Febr. 218 M, Barusso 80 kg Jan./Febr. 217 M, Orenburg. 76/77 kg Jan./Febr. 209 M, 77/78 kg Jan./Febr. 214 M, Ulka 10 Pud 4 % Jan./Febr. 210 M, Ulka 10 Pud 4 % Jan./Febr. 210 M, Roggen: Südrußl. 9 Pud 15/20 prompt 158 1/2 M, Febr. 1.12 M — Futtergerste: Südr. 58/59 kg schwim. 116 1/2 M, Jan. 11 M, Febr./März 116 1/2 M, März/April 116 1/2 M, April/Mai 116 M — Hafer: Nordr. 50/1 kg % Jan. 152 M, Febr./Mai 15 M, La Plata 49 kg Kon. 1.2 M, Febr. 158 M, 47/48 kg Jan./Febr. 151 M — Mais: La Plata schwim. 130 1/2 M, Teq./Jan. 131 M, Jan./Febr. 134 1/2 M, Mixed schwimmend 12 1/2 M, Jan. 129 1/2 M, Odessa schwim. 120 1/2 M, Jan. 120 1/2 M.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 12. Januar. (Hopfenbericht.) Heute gelangten bei ruhigem Marktverkehr rund 350 Ballen für Kundschafts- und Exportbedarf zu sehr festen Preisen zum Verkauf.

Heutige Preise für: Geringe Marktsorten bis 92 M, mittel do. bis 108 M, prima bis 115 M, Gebirgshopfen bis 120 M, geringe Aischgründer bis —, mittel do. bis —, prima do. bis —, geringe Hallertauer bis 92 M, mittel do. bis 110 M, prima do. bis 120 M, Hallertauer Siegelgut bis 130 M, geringe Elsässer bis —, mittel do. bis 110 M, prima do. bis 120 M, geringe Badische —, mittel do. bis 110 M, prima do. bis 120 M, geringe Württemberger bis 90 M, mittel do. bis 115 M, prima do. bis 125 M, mittel Posener bis —, prima do bis —, Spalter Land, leichte Lagen bis 115 M, do. schwere Lagen bis 120 M, Auschuß, unballiert, verzollt bis —, Steyermärker, verzollt bis —, Galizier, verzollt bis —, Russen, verzollt bis —, Englische, verzollt bis —, Belgische verzollt bis —, 1909er Hopfen bis 85 M, Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Magdeburg**, 13. Januar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Partien frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 21,00—21,50 Mk. Tendenz: fletig.

— **Berlin**, 13. Januar. Kartoffelstärke 21,25—21,75 Mk., Kartoffelmehl 21,25—21,75 Mk., feuchte Stärke 10,80 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 13. Januar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 87,75—88,75 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 98,00—99,00 Mk. per loko und Januar-September ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 13. Januar. Spiritus schwach, Januar 18 1/8 G., Januar-Februar 18 1/8 G., Februar-März 18 1/8 G.

— **Paris**, 13. Januar. Spiritus behauptet, Jan. 54,50, Febr. 54,75, Mai-August 54,50, Sept.-Dezbr. 47,25.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 13. Januar. Rüböl loko 63,00, Mai 61,00.

— **Hamburg**, 13. Januar. Rüböl fletig, loko verzollt 59,50.

— **Amsterdam**, 13. Januar. Leinöl fest loko 48 1/2, Februar 47 1/2, Febr.-April 47 1/2, Mai-August 44 3/4, Sept.-Dez. 41 1/2.

— **Paris**, 13. Januar. Rüböl matt, Jan. 66,00, Febr. 66,25, März-Juni 69,00, Mai-August 68,75.

— **Pest**, 13. Januar. Kohlraps fletig, August 13,90.

Zucker.

— **Braunschweig**, 13. Jan. (Originalbericht von Quentell & Spannuth.) Rohzucker: Der Wochenumsatz des hiesigen Bezirks beträgt ca. 158 000 Ztr. Es notieren heute für 100 kg: Brotraffinade —,— M lose in blau Papier, Würfelraffinade I —,— M inkl. Kiste, Würfelraffinade II —,— M inkl. Kiste, gem. Raffinade —,— M inkl. Sack b. f. n., gem. Melis —,— M inkl. Sack b. f. n.; für 50 kg: Kristallzucker —,— M, Kornzucker 88° Rdmt. 8,65 bis 8,75 M exkl., Nachprodukte 75° Rdmt. 7,00—7,25 M exkl., Rübenmelasse 43° Be. (81,5 a. G. ° Brix) —,— M 50 kg exkl.

W. **Hamburg**, 13. Januar. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Januar 9,07 1/2, per März 9,15, per Mai 9,27 1/2, per August 9,47 1/2, per Oktober 9,45, per Dezember 9,50. Tendenz: ruhig.

W. **London**, 13. Januar. Rüben-Rohzucker 88 % Januar 8 15/16, 11 1/2 d. Wert, ruhig, Java-Zucker 96 % prompt 10 15/16, 11 1/2 d. nom., ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 13. Januar. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 60 3/4 G., Mai 60 1/4 G., September 59 1/2 G., Dezember 58 3/4 G. Tendenz: fletig.

— **Amsterdam**, 13. Januar. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 45 1/2.

— **Havre**, 13. Januar. Kaffee. Good average Santos März 73,25, Mai 73,50, Sept/Dez. 73,50, Dez/Dez. 73,25. Tendenz: ruhig.

W. **Rio de Janeiro**, 12. Januar. Kaffee. Zufuhren 5000 Sack in Rio, 13 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 13. Januar. Baumwolle, fletig. Upland middling loko 76 1/2 Pfg.

— **Antwerpen**, 13. Januar. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. Januar 5,25 Verk., Oktober 5,10 Verk. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool**, 13. Jan. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Fletig. Amerikanische middling Lieferungen Willig. Ter Jan. 7,83, per Jan.-Febr. 7,83, per Febr.-März 7,84, per März-April 7,85, per April-Mai 7,85, per Mai-Juni 7,85, per Juni-Juli 7,84, per Juli-August 7,81, per Aug.-Sept. 7,61, per Sept.-Okt. 7,26.

Petroleum.

— **Hamburg**, 13. Januar. Petroleum fest. Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,50.

Metalle.

— **Amsterdam**. 13. Januar. Banccazinn fest, loko 109 1/2.

— **London**. 13 Jan. Blei, span. 13 1/2 Lstr., engl. 13 3/4 Lstr., Zinn 183 1/4 Lstr., Zink 24 1/2 Lstr., Chili-Kupfer 55 1/2 Lstr., 3 Monate 56 1/2 Lstr.

— **Glasgow**, 13. Januar. (Schlußbericht.) Roheisen fletig. Middlesborough Warrants III 49 sh. 10 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg**, 13. Jan. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 56 Rinder und zwar —— Stiere, 14 Ochsen, 9 Bullen, 33 Färsen und Kühe, 122 Kälber, 165 Schafe, viel usw., 1092 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Stiere und Ochsen: A. ——, B. 42—47, C. ——, D. ——, E. — bis — M. Bullen: A. ——, B. ——, C. ——, D. ——. Färsen und Kühe: A. ——, B. ——, C. ——, D. ——, E. —— M. Kälber: A. bis —, B. 62—66, C. 54—60, D. 44—53 M. Schafe: A. bis 40, B. ——, C. — bis — M. Schweine: A. —— (Schlachtgewicht ——), B. 50 bis 51 (63—64), C. 49—50 (62—63), D. 46—49 (bis 61), E. 43 bis 46 (54—57), F. 45—48 (50—60) M. Verlauf u. Tendenz: langsam. Uebersta nd: — Rinder, 7 Kälber, — Schafe, 175 Schweine. Die Schlachtgewichtspreise für Schweine verstehen sich unter Berücksichtigung eines Taraabzuges von 20 %.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 13. Januar. Roter Winterweizen loko 101 1/8, per März —,—, per Mai 105 7/8, Juli —,—, per Sept. 103 7/8. Mais per Mai —,—, per Juli 68 1/8, per Sept. —. Mehl 4,20. Getreidefracht nach Liverpool 2.

W. **Chicago**, 13. Jan. Weizen per Mai 101 7/8, per Juli 96 7/8. Mais per Mai 53 1/8.

W. **New-York**, 13. Januar. Petroleum Standard white in New-York 7,40, do. in Philadelphia 7,40, do. in Pitsburg Cases 8,90, do. Credit Balances at Oil City 130.

W. **New-York**, 13. Jan. Schmalz, Western steam 10,80, Rohe und Brothers 11,20.

Verantwortlich: für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Schmidt-Bedewitz; für Handel, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Vertrieb: Heinrich Wiedemann; für Anzeigen: Heinrich Hoffmann in Halle a. S. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verbindlichkeit.

1. Ziehung 1. Klasse 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Januar vormittags.

Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]

1. Ziehung 1. Klasse 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Januar nachmittags.

Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191101142-10/fragment/page=0003

Die Rubrik in Gursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1.1.Jan. | 1.1.Apr. | 7.1.Juli | 10.1.Okt. | 1.1.1.7. | 1.4.1.10. | 15.1.5. | 15.4.1.10. | 15.1.7. | 15.4.1.10. | 1.1.6.12. | 1.4.1.10. | 1.1.Mrz. | 1.1.Jun. | 1.1.Aug. | 1.1.Nov. | 1.1.8. | 1.4.1.10. | 1.1.6.12. | 1.4.1.10. | 1.1.Apr. | 1.1.Jul. | 1.1.Okt. | 1.1.Dez. | 1.1.Mai. | 1.1.Sept. | 1.1.Dez. | 1.1.3.1. | 1.1.6.12. | 1.5.1.11. | 1.1.Jan. | 1.1.5.8.15. | 1.1.5.8.11. | 1.1.5.8.15. | 1.1.5.8.11. | 1.1.5.8.15. | 1.1.5.8.11